



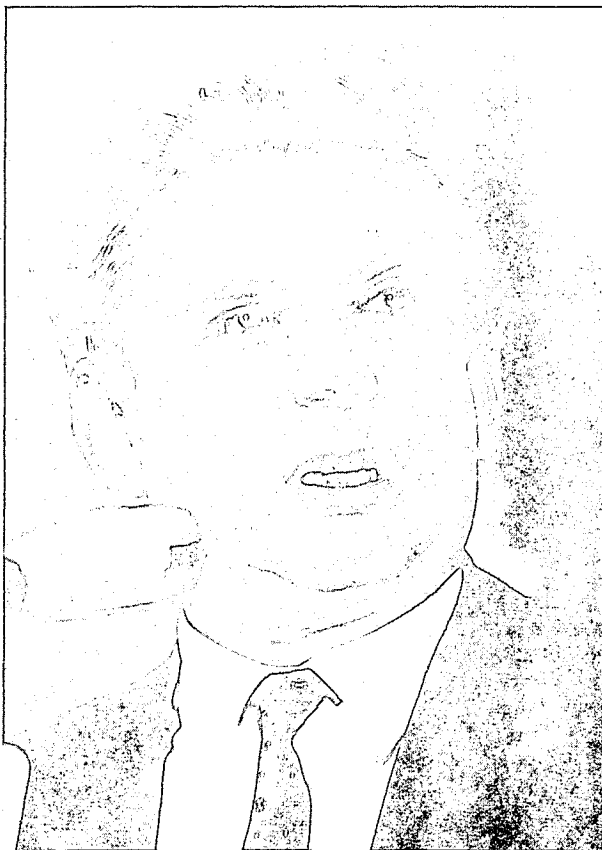
Evangelische Verantwortung

Juni 1987

Christen in der Politik

Horst Waffenschmidt

Reicht es aus, wenn wir glauben und darauf vertrauen, daß Gegenwart und Zukunft in Gottes Händen liegen? Beschränkt sich unser Auftrag als Christen auf das tägliche anhaltende Gebet für die Politiker, für mehr Frieden und mehr Gerechtigkeit in



Dr. Horst Waffenschmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Innern.

dieser Welt? Ich meine: Das tägliche Gebet ist das Wichtigste, was Christen für die Politik tun können. Aber zum Gebet muß die Tat hinzukommen. Erst durch sein Handeln wird der Christ als Christ glaubwürdig. Das Evangelium beauftragt jeden Christen zum Handeln für die Mitmenschen und für den Staat, sich um gesellschaftliche und politische Belange zu kümmern. Christus will der Herr sein über unser gesamtes Leben. Kein Bereich kann aus diesem Anspruch ausgeklammert werden.

Luthers Antwort lautete: Der Christ hat nicht nur die Freiheit zur Politik, er hat auch die Pflicht, sich öffentlicher Verantwortung, wo sie ihm auferlegt ist, nicht zu entziehen. In seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ schrieb er: „Ein Christenmensch lebt nicht in sich selbst, sondern in Christo und seinem Nächsten: In Christo durch den Glauben, im Nächsten durch die Liebe“.

Für mich ist immer sehr entscheidend geblieben, daß Christus uns aufruft zur Liebe zu Gott und zur Liebe dem Nächsten gegenüber. Beides ist im Grunde untrennbar miteinander verbunden. Weil der Glaube in der Liebe tätig ist, darf sich der Christ dem öffentlichen Wirken, der politischen Verantwortung nicht entziehen. Ich kann nicht Gott lieben und die Not meines Nächsten übersehen.

Jeder Christ, der unter den Bindungen dieser Welt politische Verantwortung übernimmt, geht das Risiko ein, schuldig zu werden. Aber er darf der Vergebung gewiß sein. Gerade darin besteht die Freiheit des Christen zur Politik. Sich solcher riskanten Verantwortung zu entziehen, um die eigenen Hände rein zu behalten, wäre ein Ausdruck des Unglaubens. Christen sind aus Gnade befreit. Sie dürfen leben in der Freiheit eines Christenmenschen, in der persönlichen Verantwortung vor Gott und den Menschen.

In dieser Situation sind sie zum politischen Handeln berufen, und zwar nach dem Maß menschlicher Erkenntnis — nämlich unter Anwendung ihrer menschlichen Vernunft und Erkenntnisfähigkeit — und nach dem Maß menschlichen Vermögens — es ist nämlich den Menschen nicht immer alles möglich, und manchmal ist von dem eigentlich Notwendigen nur sehr wenig möglich.

Glaube, Gebet und die Gemeinschaft der Christen geben uns Mut, die Aufgaben anzupacken, sie bewahren uns aber auch vor falschen Vollkommenheitsansprüchen und Absolutheitsvorstellungen und lassen uns erkennen, daß uns nicht verheißen ist, das Reich Gottes auf Erden zu schaffen.

Wenn wir uns in diesem Verständnis den Aufgaben der Zeit stellen, so können wir der nach Orientierung, Werten, Lebenssinn suchenden Gesellschaft ein Beispiel geben — allerdings in der Erkenntnis, daß wir in Dingen der Wertordnung und der Grundwerte nicht klüger sind als unsere nicht-christlichen Zeitgenossen, daß wir uns wie sie um eine redliche Analyse der sozialen und politischen Gegebenheiten bemühen müssen.

In der praktischen Politik müssen wir oft erkennen, daß es keine konkreten Handlungsanweisungen dafür gibt, welcher nächste Schritt bei den vielen Einzelentscheidungen, um die Politik nicht herumkommt, richtig oder falsch ist. Die Suche nach verbindlichen Lösungen der vielen politischen Fragen ist vergeblich. Die Bibel ist kein politisches Rezeptbuch. Christliche Normen und Gebote weisen zwar die Richtung und geben Maßstäbe, konkretes politisches Handeln ist jedoch darin nicht zeitlos festgelegt.

Ich habe häufig beobachtet, daß für manche Christen der Glaube zu bestimmten politischen Einsichten führt, und diese Einsichten erhalten dann selbst den Rang von Glaubensaussagen.

Diese Erfahrung habe ich etwa gemacht in der Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß der NATO, um den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens, in der Frage der Kriegsdienstverweigerung und heute vor allem in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Wenn man die Botschaft von der Königsherrschaft Christi so versteht, daß dem Glaubenden mit seinem Glauben auch bestimmte politische Einsichten vermittelt werden und daß diese im Glauben gewonnenen Einsichten zu ganz bestimmten politischen Entscheidungen führen müssen, dann besteht die Gefahr, bestimmte politische Entscheidungen in den Rang von Glaubensbekenntnissen zu heben.

Dann wird beispielsweise das „Nein ohne jedes Ja“ zur Nutzung der Kernenergie zu einem Akt unmittelbaren Glaubensbekenntnisses. Damit aber ist m. E. die gerade in der Reformation gewonnene Möglichkeit eines verantwortlichen Handelns des Christen in der Welt wieder verloren.

Damit will ich nicht eine vereinfachte Zwei-Reiche-Lehre vertreten. Ich habe unmißverständlich gesagt, daß es eine Trennung zwischen Glauben und Handeln nicht geben kann; es geht ausschließlich darum, ob der von Christen aufgenommene Ruf zum Gehorsam ihn stringent zu ganz bestimmten Entscheidungen führt oder ob er im Gehorsam nach seiner Einsicht und Erkenntnis, also immer auch als Irrender und der Vergebung Bedürftiger, heute verantwortlich zu handeln versucht. Je nach dem, wie die Entscheidung in dieser Frage getroffen wird, wird das Verhältnis zum demokratischen Staat, zu seinen Institutionen und Ordnungen, bestimmt sein.

Wenn in der politischen Auseinandersetzung an die Stelle des Arguments das Bekenntnis tritt, so ist dies nicht nur theologisch mehr als fraglich und für jedes innerkirchliche Verhältnis belastend, sondern auch eine Gefahr für jede demokratische Ordnung.

Denn es besteht in diesem Fall keine Möglichkeit mehr, durch Argumente einer vertretenen Auffassung entgegenzutreten und sie möglichst zu überwinden oder zu modifizieren. Hier erhebt eine Gruppe den Anspruch, durch ihre konsequente Verweigerung einer u. U. in jeder Hinsicht legal zustande gekommenen Entscheidung entgegenzutreten. Da diese Strömung mit sehr anders begründeten Tendenzen im konkreten Fall übereinstimmen kann, können entscheidende Bereiche staatlicher Verantwortung aus dem in der Demokratie vorgesehenen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß herausgebrochen werden.

Den Trägern staatlicher Verantwortung kann es damit zunehmend erschwert werden, die rechtsgültig gewordene Entscheidung durchzusetzen, weil in der freiheitlichen Ordnung man mit gutem Grund zögert, staatliche Gewalt einzusetzen, wenn sich die andere Seite auf das Gewissen beruft.

Auf diese Gefahr möchte ich deshalb hinweisen, weil der unmittelbaren Bekenntnisbindung gesellschaftspolitischer Entscheidungen kirchlicherseits eine erhebliche Ideologisierung bestimmter politischer Standpunkte im außerkirchlichen Bereich entspricht. Ich habe den Eindruck, daß sich beide Entwicklungen gegenseitig bedingen und beeinflussen.

Wir sollten solchen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Kirche im Interesse der Kirche und unseres

Aus dem Inhalt

Christen in der Politik	1
Südafrika im wirtschaftlichen und kulturellen Umbruch	3
Lernprozeß	5
Vorstand des Kirchentages räumt Fehler ein	7
Zukunft gestalten — Umwelt erhalten	9
Im Blickfeld: Befreiungstheologien	13
Aus unserer Arbeit	15
Für uns gelesen und besprochen	16
Leserbriefe	

Gemeinwesens mit Nachdruck entgegenzutreten. Ich vertrete die Überzeugung, daß der Einfluß der Kirche und der Christen in der Politik um so nachhaltiger sein wird, je klarer Kirche bei der biblischen Botschaft bleibt, je mehr sie sich an alle Glieder der Gesellschaft wendet, je klarer sie deutlich macht, daß die mit Christus gegebene Veränderung der Welt grundsätzlich von jeder revolutionären Veränderung der Ordnungen sich unterscheidet und je mehr sie die Menschen ermutigt, an jeweils ihrem Ort aus jeweils ihrer Einsicht in der Verantwortung vor Gott das Mögliche zu tun.

Und im Hinblick auf die Chancen und Risiken unserer Zeit ein Wort, das ich in Anlehnung an einen Gedanken von Martin Buber so formulieren möchte: Das einzige, was den Menschen wirklich zum Verhängnis werden kann, ist der Glaube an ein Verhängnis. Denn er lähmt

den Mut zum Handeln. Aber dieser Glaube ist ein Irrtum von Anfang an. Denn er verkennt die wirkende Kraft des menschlichen Geistes und ich füge hinzu: **Christen glauben nie an ein Verhängnis, sondern daran, daß neben allen notwendigen menschlichen Bemühungen der lebendige Gott die Welt in seiner Hand hält.**

Quelle: Rede auf dem 15. Evangelischen Pfarrer- und Verkündigertag in Krelingen.

Hinweis der Redaktion: Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt wird während des Kirchentages zeitweilig am EAK-Stand, Halle 5/1, 5 B 37, für Gespräche zur Verfügung stehen, und auch am Samstag, dem 20. 6. 87, Depothalle, Bockenheimer Warte, an der Podiumsdiskussion „Demokratie – und wenn das Volk herrscht“ teilnehmen.

Südafrika im wirtschaftlichen und kulturellen Umbruch

Volkmar Köhler

Die Marktkirche Hannover hat sich in der „Marktkirchen-Information“ eines Themas angenommen, das wie kaum ein anderes in der letzten Zeit die Gemüter weltweit erregt, heftige politische Debatten provoziert und die Kirchen, allen voran die Evangelische Kirche, äußerst stark bewegt, ja sogar bis an den Rand einer Zerreißprobe treibt. Kaum ein anderes Thema hat auch nun schon über Monate hinweg soviel Reibungspunkte zwischen Politik und Kirche geboten, wie das Thema Südafrika. Schon aus diesem Grunde ist jede Initiative zu begrüßen, die wie die vier Wochen andauernde Veranstaltung der „Marktkirchen-Information“ das Thema sachlich, ideologie- und emotionsfrei – soweit dies überhaupt möglich ist – zur Diskussion stellt.

Eine derart breit angelegte Veranstaltung über einen so langen Zeitraum wird kaum die in Pretoria politisch Verantwortlichen zu einem radikalen Umschwung bewegen können. Sie ist aber ein weiterer, nicht ganz unbedeutender Schritt zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung zugunsten von Veränderungen in Südafrika.

Diese Veränderungen sind unumgänglich – und je eher sie kommen, desto geringer wird der Preis sein, der dafür politisch, wirtschaftlich und menschlich zu zahlen ist – sie sind

unabdingbar, weil das Apartheidssystem an sich mit der Menschenwürde nicht vereinbar ist, sie sind es aber auch, weil der innere Unfriede in einem wichtigen Teil eines Kontinents, der seine politische Stabilität noch nicht gefunden hat und wirtschaftlich große Sorgen bereitet, ein Herd weltweiter Unruhestiftung ist. Wer den Frieden in Afrika und damit auch unseren Frieden will, muß sich mit Südafrika und seinen Problemen beschäftigen.

Blutige Unruhen in den schwarzen Townships, Verhaftungen – auch von Jugendlichen und Kindern – allgemeiner Ausnahmezustand, Beschneidung von Presse- und Versammlungsfreiheit, fortdauernde Verweigerung elementarer Grundrechte für die schwarzen Bewohner: Dies ist eine beliebige Auswahl von Schlagzeilen in der täglichen Berichterstattung über das Land am Kap der guten Hoffnung. Was uns solche Schlagzeilen tagtäglich vermitteln, ist der Eindruck, daß in Südafrika eben keine Hoffnung mehr auf einen friedlichen Wandlungsprozeß besteht.

Die politischen und gesellschaftlichen Fronten scheinen sich in den vergangenen Monaten eher verhärtet zu haben. Werden die bisherigen –

aus unserer Sicht geringfügigen – Reformen auf der einen Seite bereits als Verrat am Afrikaanertum empfunden, rufen sie auf der anderen Seite nur Unmut im Sinne eines „too little – too late“ hervor.

Hoffnung auf ein freies „Post-Apartheid“ Südafrika

Sicherlich gab es in der letzten Zeit neben der Eskalation der Gewalt auch erste Anzeichen für kulturelle und gesellschaftspolitische Veränderungen, die eine, vorerst nur schmale, Grundlage für die Entwicklung einer neuen sozialen Ordnung in Südafrika bilden könnten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die jüngste Synode der Niederländisch-Reformierten Kirche, die eine Resolution verabschiedet hat, die sich – wenn auch mit Einschränkungen – gegen die Apartheid wendet. Immerhin heißt es darin, daß die Politik der Rassentrennung mit der christlichen Ethik nicht vereinbar sei und auch nicht aus der Bibel heraus gerechtfertigt werden könne. Die Einschränkungen jedoch deuten daraufhin, daß der Schritt dieser einflußreichen Kirche noch nicht den Rubikon überschritten hat: nach wie vor wird es getrennte Kirchen für

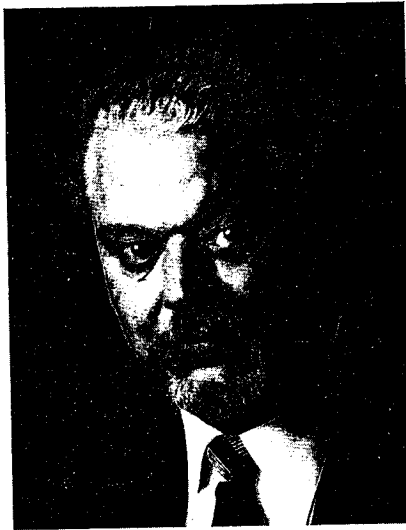
Weißer, Mischlinge, Schwarze und indisch-stämmige Südafrikaner geben, ebenso rassistisch getrennte Erziehung.

Berechtigten aber diese ersten Anzeichen tatsächlich zu der Hoffnung, daß ein freies „Post-Apartheid“ Südafrika, in dem gleichberechtigt alle Südafrikaner ungeachtet der Hautfarbe und der kulturellen Unterschiede zusammenleben können, in näherer Zukunft realisierbar ist?

Die Antwort darauf ist – wenn auch ein zögerndes – Ja, das auf der durch umfangreiche Studien belegten Erkenntnis beruht, daß bis heute nur ein geringer Teil der schwarzen Bevölkerung radikalisiert im Sinne eines „Alles oder Nichts“ ist. Wie übrigens auch in der Frage der Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika scheint die überwiegende Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in den Fragen des politischen Systems, des privaten Eigentums, des staatlichen Zusammenlebens mit den Weißen eine eher moderate Haltung einzunehmen. Die Frage ist nur, wie lange diese Einstellung anhält, was weniger eine Frage des Erfolges radikaler schwarzer Führer und Organisationen ist, als vielmehr eine Frage des Tempos, mit dem die weiße Vorherrschaft systematischen Wandlungen unterworfen wird.

Wie sind die Veränderungen einzuschätzen, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben, um von einem wirklichen Umbruch im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich zu sprechen?

Im August 1985 hielt Präsident Botha in Durban die von der Weltöffentlichkeit mit großer Spannung verfolgte Rede über den beabsichtigten Reformkurs seiner Regierung. Die Unumgänglichkeit der Reformbemühungen deutete sich bereits mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung 1984 an. Die Vergabe eines Wahl- und Mitbestimmungsrechts mit eigenen Parlamentskammern für Farbige und Asiaten löste bei der noch immer von sämtlichen politischen Willensbildungsprozessen ausgeschlossenen schwarzen Bevölkerungsmehrheit Unruhe aus. Die Einführung der neuen Verfassung, die – beabsichtigt oder nicht – auf eine Festigung der weißen Vorherrschaft mittels weiterer Aufspaltung des nicht-weißen Bevölkerungsteils praktisch



Dr. Volkmar Köhler, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

hinauslief, brachte eine verstärkte Bewegung in die innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklung.

1986 wurden einige Apartheidsgesetze – ich nenne nur das System der Zuzugskontrolle und die damit verbundenen Paßgesetze – abgeschafft. Da aber diese Formen die Grundpfeiler der Apartheid, zum Beispiel den „Group Areas Act“ und das gesetzlich verankerte Homeland-Konzept nicht anzutasten vermögen, gelten sie als wenig geeignet, um den weißen Südafrikaner mit der Unabwendbarkeit eines schnelleren und einschneidenden Wandels in der südafrikanischen Gesellschaft zu konfrontieren.

Die Veränderungen in der Niederländisch-Reformierten Kirche können als ein weiteres Indiz dafür gelten, daß die mit steigender Intensität geführte öffentliche Diskussion über Apartheid in und außerhalb Südafrikas eine Katalysatorfunktion für soziale und politische Veränderungen spielen kann. Sicherlich werden die Vertreter dieser Kirche noch viel Überzeugungsarbeit in ihren Gemeinden leisten müssen, um die über lange Zeit aufgebauten kulturellen Barrieren zwischen Weißen und Schwarzen wieder abzubauen und der Dialogbereitschaft den Boden zu bereiten. Es geht ja um nichts geringeres, als der Regierung das moralische Fundament für ihre Apartheidspolitik zu entziehen.

Als Versuch eines Brücken-schlags über die aus der Apartheids-

ideologie entstandenen gesellschaftlichen Gräben können schließlich auch die Verhandlungen zwischen dem weißen Natal und dem schwarzen Kwa Zulu auf der Grundlage des Berichts der Buthelezi-Kommission gewertet werden. Die Gespräche zielen bekanntlich auf eine administrative und politische Vereinigung der beiden künstlichen, aus der „Großen Apartheid“ hervorgegangenen Gebiete ab. Obwohl das Resultat der langwierigen Verhandlungen nicht in allen Punkten befriedigen kann – so wird zum Beispiel das aus grundsätzlich demokratischen Prinzipien heraus abzulehnende Dreikammer-System Pretorias auf die regionale Ebene übertragen – so zeigt es doch den Willen der verschiedenen Parteien, über die Rassengrenzen hinaus gemeinsam über die Zukunft des Landes konstruktiv zu beraten und, was psychologisch wichtig ist, die Vertreter der Schwarzen als gleichberechtigte Gesprächspartner zu akzeptieren.

Chancengleichheit für Weiß und Schwarz

Diese in einem kurzen historischen Abriss dargestellten Veränderungen und Ansätze für eine evolutionäre Entwicklung in Südafrika, stellen aber angesichts der jahrzehntelangen Unterdrückung und andauernden Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit noch nicht den Durchbruch, noch nicht den vollständigen gesellschaftlichen Wandel dar.

Menschenunwürdige Wohnverhältnisse in den Townships, die Einschränkung der Freizügigkeit der Person und der persönlichen Freiheitsrechte, der fehlende Schutz der Familie und die eklatante Ungleichheit im Bildungswesen sind dauernde, durch das System bedingte Menschenrechtsverletzungen, die kein Christ auf der ganzen Welt akzeptieren kann. Es sind dies auch alles Faktoren, die zur Radikalisierung und Kriminalisierung der benachteiligten Gruppen beitragen.

Um die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, sind viel mehr Gespräche zwischen den Bevölkerungsgruppen notwendig; denn erst sie können ein Verstehen

und das gegenseitige Verständnis unterschiedlicher Positionen schaffen.

Dabei ist offensichtlich, daß eine Reformierung der südafrikanischen Gesellschaft nicht ohne wirtschaftliche Veränderungen und verteilungspolitische Maßnahmen vollzogen werden kann. Die Vertreter von Wirtschaft und Industrie in Südafrika weisen immer wieder daraufhin, daß das Apartheidssystem kontraproduktive Auswirkungen hat und damit die Lebensgrundlage aller Südafrikaner langfristig verschlechtert. Aber man sollte sich nicht täuschen lassen: Eine Beteiligung der schwarzen Bevölkerung an der politischen Willensbildung wird nicht automatisch auch eine materielle Gleichstellung nach sich ziehen. Chancengleichheit für Weiß und Schwarz wird einen langwierigen Entwicklungsprozeß erfordern. Für die schwarze Bevölkerung gilt es, vor allem die gravierenden Bildungsdefizite abzubauen, die durch eine ständige Benachteiligung im Bildungssystem verursacht sind; noch heute kommen auf einen Lehrer 19 weiße und 41 schwarze Schüler. Darüber hinaus haben die systembedingten fehlenden Aufstiegschancen der Schwarzen ihre Eigen-

initiative und Eigenanstrengung verkümmern lassen und schließlich zu einer weitverbreiteten, von Perspektivlosigkeit getragenen Passivität geführt.

Ich bin bei einem Punkt der Diskussion angelangt, der nach meiner Kenntnis immer noch zu wenig bei der Frage des gesellschaftlichen Wandels in Südafrika beachtet wird: Die Wandlung des Landes von einem Agrar- zu einem Industrieland, in dem es unabhängig vom Rassendenken soziale Erschütterung aufgrund struktureller Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gibt. Auch Deutschland hat eine solche Wandlung im vergangenen Jahrhundert durchgemacht, die Verarmung eines Teils der Bevölkerung im Vollzug der Industrialisierung wurde durch die Auswanderung gemildert. In Südafrika ist es nicht die Auswanderung, sondern die Binnenwanderung der Schwarzen, die durch diesen sozialen Wandlungsprozeß ausgelöst wird. Der Übergang von einer landwirtschaftlich und rohstofforientierten Wirtschaft hin zu einer verarbeitenden Industrie mit Hochtechnologie-Bereichen ist von der weißen Arbeiterschaft nicht mehr allein zu bewältigen. Die Wirtschaft braucht

auch und gerade in Südafrika eine „Meritokratie“, d.h. einen Aufstieg auch für schwarze Arbeitskräfte über die Qualifikation. Und Qualifikation ist nur zu erreichen über ein effizientes Bildungswesen. Hier kann die südafrikanische Regierung glaubwürdige Beweise dafür liefern, daß sie es mit den Reformbemühungen ernst meint.

Südafrika, das sind zwei Welten in einem Land, ein Land, das nur eine Zukunft haben wird, wenn sich beide Teile zu einem harmonischen Ganzen zusammenfinden.

Unser Beitrag für Südafrikas Weg in eine demokratische Gesellschaft ohne Rassenschranken kann und muß in erster Linie eine Hilfestellung für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen und für diejenigen Organisationen sein, die für die Rechte dieser Gruppen mit friedlichen Mitteln eintreten.

Hinweis der Redaktion: Dr. Volkmar Köhler wird im Rahmen des Kirchentages in Frankfurt am Samstag, dem 20. 6. 87; 15.00 – 18.00 Uhr, Gesellschaftshaus im Zoo, im Forum Philippinen über „Die Zukunft der Philippinen“ sprechen und diskutieren.

Lernprozeß – Vorstand des Kirchentages räumt Fehler ein

Auch für Kritiker der Kündigung der Kirchentagskonten bei der Deutschen Bank wird sich die Teilnahme an dem diesjährigen Frankfurter Kirchentag „lohnend“. Dies betont der Vorstand des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages in einem offenen Brief, der in Frankfurt bekannt wurde. Der Frankfurter Kirchentag, so erklären die Unterzeichner Eleonore Rotenhan, Wolfgang Huber und Helmut Simon, werde den „falschen Eindruck einer punktuellen Verengung“ auf ein einzelnes Schwerpunktthema, nämlich Südafrika, widerlegen. „Wer eine solche Verengung behaupten und betreiben würde, täte den vielen Mitarbeitern Unrecht, die sich erfolgreich um ein breites Programm mit zentralen theologischen und gesellschaftspolitischen Themen bemüht

haben“, warnen die Kirchentagspräsidentin und ihre beiden Stellvertreter.

In dem sechs Seiten umfassenden Brief, dem die umstrittenen Beschlüsse des Kirchentages beigelegt sind, wird festgestellt: „Der Kirchentag ist weder käuflich noch erpreßbar, er wird – darin besteht seine Freiheit – eher sterben als seine Unabhängigkeit aufgeben“. In diesem Zusammenhang wird allerdings eingeräumt, daß der Entscheidungsprozeß über die Beendigung der Geschäftsbeziehungen durch die Kritik der Südafrika-Gruppen beschleunigt worden sei. Dabei wird jedoch betont, daß die Entscheidung zur Kontenkündigung das Ergebnis von Nachdenken und von Gesprächen mit Bankvertretern war.

Zuvor räumt der Vorstand bereits ein, daß die Frage der Bankbezie-

hungen „zu spät“ und erst dann angepackt wurde, als sie einen „überhöhten politischen und ethischen Stellenwert erlangt hatte“. Dabei sei aus den Augen verloren worden, daß es in der Entscheidungsfreiheit eines „jeden Menschen, Unternehmens und Vereins“ liege, „seine Bank nach freiem Ermessen auszuwählen oder zu wechseln“.

Ferner heißt es in dem Brief, daß der Streit über die Kontenkündigung „nicht immer im kirchentagsgemäßen Geist“ ausgetragen wurde. Dazu wird erklärt: „Diffamierende Abstempelungen gehören weder in der einen noch in der anderen Richtung auf den Kirchentag, niemand sollte sich selbstgerecht als der bessere Christ dünken“. Nach Auffassung des Kirchentagsvorstandes darf es unter evangelischen Christen in aller

Regel nicht gerechtfertigt sein, die Mitarbeit an dem Laientreffen oder dessen Förderung zu verweigern, weil ein Konto aurechterhalten oder aufgelöst wird. „Es war eine erschreckende Erfahrung, wie rasch Einzelne auf beiden Seiten ihre Solidarität mit dem angeblich so geschätzten Kirchentag preisgaben“, wird weiter erklärt.

Der Kirchentagsvorstand unterstreicht erneut, daß die Kontenkündigung nicht als persönliche Verurteilung der Mitarbeiter der Deutschen Bank gedeutet werden könne. Zugleich wird jedoch daran erinnert, daß alle Arbeitnehmer, aber auch Schüler, Studenten und Rentner von dem Geld lebten, das auch in Südafrika und durch Handel mit dem

Apartheidsystem verdient werde. Weder die Kritiker noch die Verfechter der Kontenkündigung könnten dieser mit solchen wirtschaftlichen Verflechtungen verbundenen Schuld ausweichen, schreibt der Kirchentagsvorstand.

Abschließend äußert sich der Vorstand zum Forumcharakter des Kirchentages und unterstreicht, daß Offenheit nicht unbegrenzt sein könne. Bei den Auseinandersetzungen habe man gelernt, daß der Forumcharakter nicht davon abhängen, bei welcher Bank der Kirchentag ein Konto unterhält. Über Konsequenzen aus diesem Lernprozeß, so wird angekündigt, soll eine eigens gebildete Kommission beraten. (epd.)

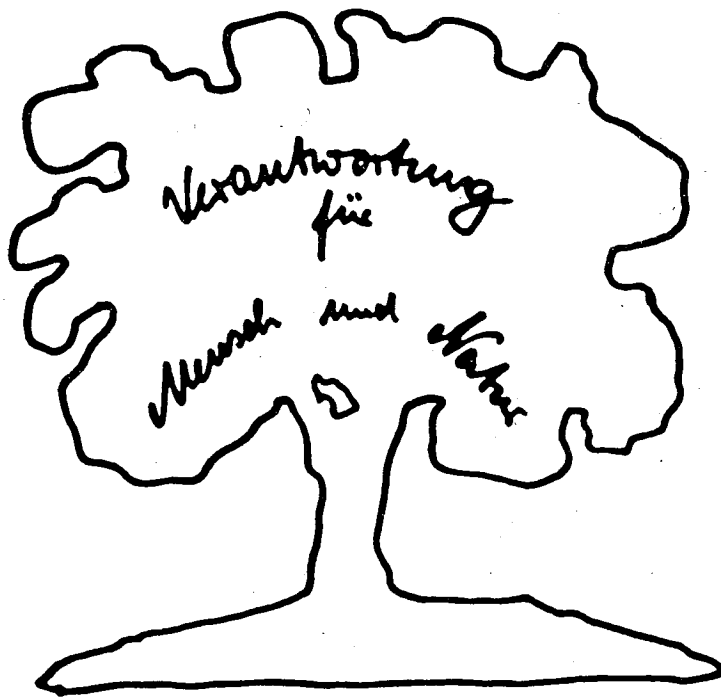
Bischof Kruse: Banken nicht „Komplizen der Apartheid“

Der Berliner Bischof und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Kruse, hat davor gewarnt, die Banken als „Komplizen der Apartheid“ hinzustellen. Das mache jedes Gespräch zwischen Kirche und Banken über die Möglichkeiten, mit wirtschaftlichem Druck auf die Situation in Südafrika einzuwirken, unmöglich, sagte Kruse vor der im Spandauer Johannesstift tagenden West-Berliner evangelischen Synode.

Der EKD-Ratsvorsitzende kündigte an, daß er in nächster Zeit mit Vertretern der „Kampagne gegen Apartheid“ zusammentreffen werde. Nach Kruses Worten wäre es ein „Unglück“, wenn beim evangelischen Kirchentag in Frankfurt im Juni, zumal beim Abendmahl in der Schlußversammlung, auf den von der Kampagne angekündigten gelben Tüchern die Banken als „Komplizen der Apartheid“ bezeichnet würden.

Der Bischof sprach sich erneut dafür aus, Solidarität mit den unter der Apartheid leidenden Menschen in Südafrika zu zeigen. Die Glaubwürdigkeit dieser Solidarität werde auch daran gemessen, ob die Kirche sich dies etwas kosten lasse. Dazu könne auch gehören, in „Krach mit unserer Gesellschaft“ zu geraten. Wirtschaftlicher und politischer Druck auf die südafrikanische Regierung sei erforderlich. Er teilte mit, daß die EKD auf Bitten des Südafrikanischen Kirchenrates bei einem wissenschaftlichen Institut in der Bundesrepublik ein Gutachten über die positiven und negativen Auswirkungen von Sanktionen in Auftrag gegeben habe. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, **Franz Steinkühler**, habe ihn auf die ungünstigen Auswirkungen des Rückzugs weißer Firmen aus Südafrika auf die schwarzen Gewerkschaften hingewiesen.

Die Kündigung der Konten des Kirchentages bei der Deutschen Bank ist nach Darstellung Kruses mit ihrer „Überfrachtung an Bekenntnis und Moral“ ein Schaden gewesen. Wenn von den Landeskirchen gefordert werde, entsprechend zu verfahren, werde ein „Ersatzkriegsschauplatz“ eröffnet, mit dem Südafrika nicht geholfen werde.



Unter diesem Symbol und Motto finden Sie uns auf dem „Markt der Möglichkeiten“ während des 22. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Frankfurt vom 17. – 21. Juni 1987 in Halle 5/1, Stand-Nr.: 5 B 37.

Im Themenbereich V: „Menschen in Gottes Schöpfung – Versöhnung mit der Natur“ wollen wir gemeinsam mit der Jungen Union unter der Devise „Jeder kann Verantwortung tragen“ nicht nur über Grundsatzfragen einer zukunftsorientierten Umweltpolitik, sondern auch über konkrete Schritte praktizierten Umweltschutzes mit den Kirchentagsteilnehmer diskutieren.

Vielleicht kommen auch Sie bei uns in Halle 5 vorbei?!

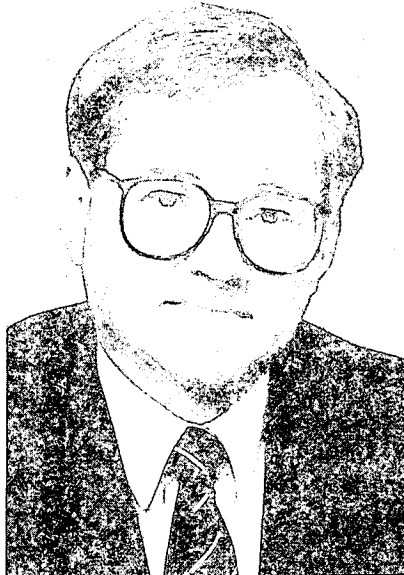
◉ Zukunft gestalten — Umwelt erhalten

Gerhard Voss

◉ In der modernen Industriegesellschaft sind die Möglichkeiten, die Umwelt zu gestalten und zu verändern, weit größer als das Wissen um die Auswirkungen, die mit Eingriffen in den Naturhaushalt verbunden sind. Das ist keine Entschuldigung für die einschneidenden Umweltschäden, die mit der industriellen Zivilisation verbunden sind, sondern eine alltägliche Erfahrung des Umweltpolitikers. Dieser Sachverhalt beschreibt sozusagen das Dilemma der Umweltpolitik, aus dem wir herausfinden müssen, das wir aber nicht endgültig lösen können. Auch die Umweltpolitik und der Umweltschutz müssen das begrenzte menschliche Maß in Rechnung stellen.

Viele Umweltprobleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen, sind unbeabsichtigte Folgen wirtschaftlicher, technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Unbeabsichtigt, weil sie mangels Wissen nicht einkalkulierbar waren. Ein typisches Beispiel dafür ist das Problem der Altlasten (alte Abfalldeponien und alte Industriestandorte). Sie spiegeln eine aus heutiger Sicht unzulängliche Entsorgungspraxis wider, die allerdings dem Stand der damaligen Technik und Erkenntnis entsprach. Seinerzeit war diese Praxis auch von der Gesellschaft akzeptiert und mitgetragen. Ein weiteres Beispiel ist das Asbest, das früher bedenkenlos verwendet wurde. Heute wird dieser Werkstoff wegen seiner erkannten krebserzeugenden Wirkung nur noch begrenzt eingesetzt.

◉ Aber selbst erkannte, akute Umweltgefahren lassen sich wegen des begrenzten Wissens über die komplexen ökologischen Zusammenhänge nur bedingt vermeiden und gezielt bekämpfen. Nach wie vor streiten sich die Wissenschaftler zum Beispiel über die eigentlichen Ursachen der Waldschäden. Wirksame Gegenmaßnahmen sind wegen des begrenzten Wissensstandes heute nur bedingt möglich. Die Therapie muß immer wieder neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen der umfangreichen Waldschadensforschungen angepaßt werden. Große Schwierigkeiten bereiten zum Beispiel die



Dr. Gerhard Voss, Vorsitzender im EAK-Kreisverband Rhein-Sieg.

Risikoabschätzung der vielen chemischen Stoffen und anderes mehr.

Auf der anderen Seite wächst aber das Erkenntnisvermögen auch zur Erklärung ökologischer Zusammenhänge und Risiken. Immer mehr Daten über die Umweltqualität stehen zur Verfügung und können wissenschaftlich ausgewertet werden. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt hat die Analyse und Meßmethoden so stark verfeinert, daß selbst geringste Spuren bestimmter Stoffe in Lebensmitteln, in der Luft oder im Wasser nachgewiesen werden können. Davon profitiert natürlich auch der Umweltschutz. Die modernen Methoden erleichtern die Umweltüberwachung und Kontrolle. So werden Reinheitsangebote etwa für Lebensmittel und die Festlegung meßbarer Umweltschutzgrenzwerte überhaupt erst möglich.

Die verfeinerten Umweltinformationen machen es dem Bürger allerdings nicht immer leichter, Umweltgefahren richtig einzuschätzen. Die Informationsflut läßt den falschen Eindruck entstehen, die Umweltbelastungen durch Schadstoffe nähme

ständig zu. In Wirklichkeit wird oft aber nur die jeweilige Umweltsituation genauer abgebildet.

Ökologie versus Ökonomie?

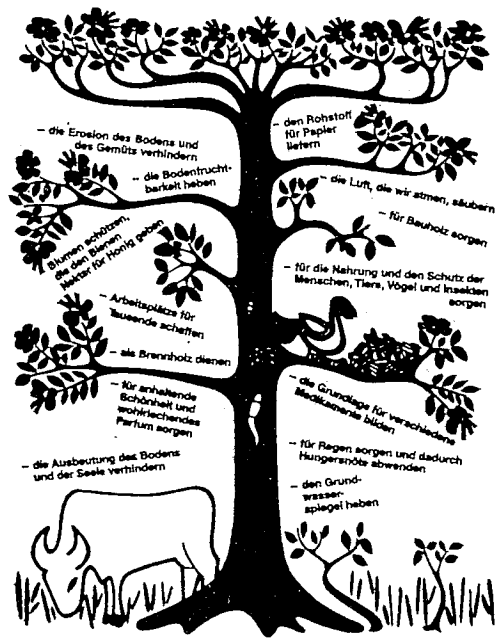
Wie kann nun aber eine Umweltpolitik aussehen, die auf der einen Seite der unzulänglichen Erkenntnislage Rechnung trägt, zugleich aber die Chancen nutzt, die der wissenschaftlich technische Fortschritt bietet! Die Handlungsmaxime auch in der Umweltpolitik muß lauten: „Handle so, daß du dich durch die Folgen deines Handelns korrigieren lassen kannst“¹⁾.

Was bedeutet dieses ethische Gebot der Korrekturfähigkeit des Handelns für den praktischen Umweltschutz? Wird damit eine neue ökologische Ethik formuliert, die den „Frieden mit der Natur“²⁾ fordert und prinzipiell der Ökologie Vorrang vor der Ökonomie einräumt, das heißt, die den Umweltschutz vor die Lösung sozialer Probleme stellt? Eine solche Ausrichtung der Umweltpolitik kann damit kaum gemeint sein. Denn sie würde ihre soziale Orientierung und damit schnell an Akzeptanz verlieren.

Die ethische Begründung für Maßnahmen des Umweltschutzes muß vom Menschen, nicht von der Natur ausgehen. Das heißt auch, daß Umweltschutz nicht nur ökologisch, sondern vor allem auch sozial begründbar bleiben muß. Die Diskussionen beispielsweise um den Bau der Daimler-Benz-Teststrecke in Boxberg zeigt, wie eng Umweltprobleme mit sozialen Problemen verbunden sind. Es ist sicherlich eine „schlimme Perversion des ökologischen Gedankens“³⁾, wenn die Natur als Waffe gegen den Mitmenschen verwendet wird.

Korrekturfähigkeit des Handelns im Umweltschutz kann demnach nicht heißen, die Folgen des Handelns in jedem Fall korrigieren zu können. „Eine solche Sicherheit und Gewißheit steht dem Menschen nicht

Pflanz Bäume, weil sie:



„Auch wenn morgen die Welt untergeht, so will ich doch heute ein Bäumchen pflanzen, meine Schulden bezahlen und Gott loben“
(Martin Luther).

Quelle: OK.

zu Gebote“⁴⁾. Die Entscheidungen müssen aber revidierbar bleiben. Die Handlungsfähigkeit in der Umweltpolitik gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen eines effizienten, sozial ausgewogenen Umweltschutzes.

Handlungsfähigkeit im Umweltschutz heißt zum einen, auf unvorhersehbare Umweltgefahren schnell und flexibel reagieren zu können. Umweltschutz muß zugleich aber auch offensiv die Zukunft gestalten. Er muß mehr sein als bloßes Bewahren der Natur durch Verzicht auf ihre Nutzung und mehr als nur Sanieren von Umweltschäden.

Möglichkeiten der Industriegesellschaft

Die moderne, marktorientierte Industriegesellschaft bietet die Voraussetzungen für eine solche nachträglich korrigierende und zugleich vorausschauende Umweltschutzpolitik. Die wichtigsten Säulen einer solchen Politik sind:

- Förderung und Anwendung des wissenschaftlich technischen Fortschritts,
- Stützung von Marktprozessen und

- kalkulierbare staatliche Rahmensteuerung.

Wie erfolgreich diese Problemlöser ineinander greifen und für ein ökologisch entlastendes Wirtschaftswachstum sorgen, zeigen zum Beispiel die Entwicklungen beim Energieverbrauch, auf den ja viel Umweltprobleme zurückgehen: Seit 1979, dem Jahr mit dem absolut höchsten Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, findet eine Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch statt. 1979 lag der Primärenergieverbrauch um 5,6 Prozent oder um 23,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten höher als 1986. Das reale Sozialprodukt hat sich dagegen im gleichen Zeitraum um 10,7 Prozent erhöht, das heißt, im Durchschnitt der letzten sieben Jahre ist das Bruttosozialprodukt um jährlich 1,5 Prozent gestiegen, der Primärverbrauch hingegen ist um durchschnittlich jährlich 0,8 Prozent zurückgegangen.

Das Zusammenwirken von technischem Fortschritt, Marktprozessen und staatlicher Rahmensteuerung haben auch zu spürbarem Rückgang der Umweltbelastungen geführt:

- Bei allen einschlägigen Luftschadstoffen – Stickoxide, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Staub – ist der Höhepunkt der Belastung überschritten, bis Mitte der 90er Jahre werden spürbare Senkungen bis zu 75 Prozent erreicht.
- Die organische Belastung der Flüsse ist so weit zurückgegangen, daß nur noch ein knappes Drittel aller Flußläufe in der Bundesrepublik zu akuter Sorge Anlaß bietet.
- Ein gutes Drittel der Flüsse kann heute sogar in die ersten drei Kategorien der siebenstufigen Gewässergüteklassen-Skala eingeordnet werden.
- Beim Boden wird allein der sinkende Flächenbedarf industrieller Entwicklungen zu Entlastungen führen.

Trotz dieser Erfolge bleibt noch sehr viel im Umweltschutz zu tun. Alle Kräfte müssen mobilisiert werden, um unsere Umwelt so zu gestalten, daß sie uns und auch künftigen Generationen ein Optimum an Lebensmöglichkeiten bietet. Nichts darf grundlos zerstört werden. Soviel Rücksicht auf die belebte und unbelebte Schöpfung wie irgend möglich ist geboten.

Anmerkungen:

- ¹⁾ Wenzel Lohff, Hans Christian Knuth (Hrsg), Schöpfungsglaube und Umweltverantwortung, zur Sache, Kirchliche Aspekte heute, Heft 26, Hannover 1985, S. 36.
- ²⁾ Klaus M. Meyer-Abich, Wege zum Frieden mit der Natur – Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik, München 1984
- ³⁾ Lothar Späth in: FAZ vom 2.4.1987, S. 1 u. 2.
- ⁴⁾ Wenzel Lohff u.a., a.a.o., S. 36.

Unsere Autoren:

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Str. 198
5300 Bonn

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
Karl-Marx-Str. 4–6
5300 Bonn

Dr. Gerhard Voss
Parsevalstr. 2
5205 St. Augustin 2

Ernst Zuther
Büchweg 24
8024 Oberhaching

Im Blickfeld: Befreiungstheologien

Ernst Zuther

Die Befreiungstheologien werden auch bei uns oft als ein theologischer Impuls verstanden, der neue Wege eröffnet und auch die Zukunft unserer Theologien maßgeblich bestimmen wird. Es ist also angebracht, sich über das Wesen dieser Theologien Gedanken zu machen. Von der Mehrzahl ist zu reden, weil es viele 'Theologien der Befreiung' gibt, deren Charakteristik im einzelnen in einem Artikel nicht geleistet werden kann. Es soll vielmehr nur versucht werden, die Merkmale und Grundsätze zu bedenken, die allen gemeinsam sind.

Die Befreiungstheologien haben in unserer theologischen Szene gewisse Entsprechungen, die uns den Zugang erleichtern. Damit meine ich die theologischen Richtungen, die sich unter den Stichworten 'Politischer Gottesdienst' oder 'Theologien der Weltveränderung' zusammenfassen lassen. Dazu gehören alle Theologien, die zu gesellschaftlichem Engagement anleiten wollen oder sonstige emanzipatorische Zielvorstellungen vertreten, – z.B. Theologien der Menschenrechte, diakonische, feministische oder zum Sozialismus tendierende Theologien sowie die verschiedenen Vorstellungen einer 'Königsherrschaft Christi'. Es sind bekannte Gleichsetzungen, die wir hier wie dort wiederfinden: die Entsprechung von Heils- und Universalgeschichte, die Integration von zeitlichem und ewigem Heilsgeschehen, die Verbindung von Gottes Reich und gerechter Gesellschaft, von Gottes- und Menschenrecht.

Dennoch dürfen gravierende Unterschiede zwischen unseren 'Theologien der Weltveränderung' und den Befreiungstheologien nicht übersehen werden. Wenn die abendländischen Entwürfe von einer Veränderung der Gesellschaft sprechen, dann weisen sie über den Wohlfahrtsstaat und eine im wesentlichen funktionierende parlamentarische Demokratie hinaus in ein gesellschaftliches Neuland. Dabei ist für sie die Utopie zu einem legitimen, manchmal sogar für unerlässlich gehaltenen Vehikel geworden. Es geht ihnen also um eine ideale christliche

bzw. humane Gesellschaft, um einen Aufbruch in das Reich Gottes, für den man Opfer, auch an Wohlstand und Lebensstandard, zu bringen bereit sein muß und, was entscheidend ist, auch bringen könnte, – wenn man den eigenen Wohlstand an der Armut der unterentwickelten Gesellschaften mißt. Wir haben einen materiellen Spielraum.

In Entwicklungsländern mit Massenelend, schreienden sozialen Ungerechtigkeiten, mit gesellschaftlicher Recht- und Wehrlosigkeit in Verbindung mit Diktatur oder einer nur mangelhaft funktionierenden Demokratie ist die gesellschaftliche und damit auch die theologische Situation durchaus anders. Wenn der Mitteleuropäer Barth von einer 'Revolution Gottes' spricht, dann hat er damit einen theologischen Begriff geprägt; die Befreiungstheologien der verelendenden Länder aber müssen sich mit der Möglichkeit und dem Recht einer wirklichen Revolution auseinandersetzen. Die gesellschaftlichen Veränderungen, die ein westlich verstandener 'Politischer Gottesdienst' fordert, sind eine politische Konsequenz seines Verständnisses der biblischen Botschaft; die Forderungen der Befreiungstheologien ergeben sich aus einer unerträglichen Wirklichkeit. Ihre nächsten Etappenziele sind von sozialer Notwendigkeit geboten und haben konkreten, realen Charakter: ein Minimum an sozialer Sicherheit und menschlicher Würde, die Bewahrung vor Hunger und Hilflosigkeit bei Krankheit, die Gewährung elementarster Menschenrechte. All das sind keine Utopien, sondern in vielen westlichen Ländern erreichte Wirklichkeit, – mit welchen Einschränkungen auch immer.

Eine neue christliche Avantgarde auf dem Weg zum Reich Gottes

Die Befreiungstheologien sehen ihr erstes Ziel also gerade in solchen Verhältnissen, aus denen die westlichen Theologen der Weltverände-

rung aufbrechen wollen. Der geistliche Ehrgeiz der Befreiungstheologien geht natürlich über das Programm einer Annäherung an die Er rungenschaften kapitalistischer oder sozialistischer Industriegesellschaften weit hinaus, – aber noch hat die soziale Praxis den Vorrang. Gerade in der Dringlichkeit praktischer Veränderungen liegt eine Überzeugungskraft, die es Betroffenen wie Außenstehenden unmöglich macht, den Zielen der Befreiungstheologien nicht spontan zuzustimmen oder gar ihre soziale Berechtigung zu bestreiten. Gesellschaftliche Reformen bzw. Revolutionen und Theologie liegen hier denn auch viel enger beisammen als bei unseren Theologien der Weltveränderung, – und damit auch die Versuchung, Evangelium und Gesellschaftstheorie, vor allem den Marxismus, miteinander zu verbinden.

Positive Urteile über den Staat, wie sie in Barths 'Christengemeinde und Bürgergemeinde' oder in der Theologischen Erklärung von Barmen zu finden sind, können von den Befreiungstheologien – wenigstens vorerst – nicht gut übernommen werden. In den westlichen Demokratien sind die meisten Christen und Nichtchristen der ausgesprochenen oder unausgesprochenen Meinung, daß sich mit dem 'System' notfalls leben lasse, daß man zumindest vorsichtig bei seiner Aufhebung sein müsse. Das ist in der Welt der Befreiungstheologien ganz anders. Zu der drängenden Notwendigkeit von Veränderungen kommt nämlich noch ein besonderes Verhältnis zur Geschichte. Die Theologien des christlichen Abendlandes verdanken ihre Grundlagen und Begriffe einer zweitausendjährigen Kirchengeschichte, die bei allem Streit doch als die eigene empfunden wird. Mit der Geschichte der Kirche und der Theologie ist die Geschichte der abendländischen Gesellschaft, ihrer Nationen, Kultur und Wirtschaft Hand in Hand gegangen. Der Gegensatz zwischen Glaube und Welt war na-

türlich bedingt, durch die Sache selbst. Die Befreiungstheologien aber sind in Ländern entstanden, die spät missioniert worden sind oder gar erst missioniert werden. Und vor allem: die Geschichte dieser Länder ist eine der Unterdrückung (oppression) und Abhängigkeit (dependencia), also des Kolonialismus' gewesen. Auch der heutige Zustand wird noch ähnlich empfunden, selbst in den Ländern, die seit Generationen ihre politische Unabhängigkeit errungen haben, — nämlich als Neokolonialismus. Mit der kolonialen Ausbeutung waren auch Glaube und Kirche gekommen, — ebenfalls als etwas Fremdes, Oktroyiertes, als Merkmal des Kolonialismus innerlich nur schwer zu Akzeptierendes.

Die gesellschaftliche und politische Gegenwart wird als Fortsetzung der Ausbeutung mit anderen Mitteln verstanden, — und zu dieser Gegenwart gehören auch die Kirche und ihre Lehre. Das Bedürfnis ist verständlich, endlich eine eigene Geschichte ohne 'dependencia' zu gestalten und damit auch eine entsprechende Theologie. Sie kann naturgemäß nicht im Einklang mit der bisherigen Unterdrückung und der in ihrem Gefolge importierten Theologie, sie muß vielmehr in kritischer Distanz und ggf. im Widerspruch zu ihr stehen.

Damit verbindet sich für die Befreiungstheologien die Versuchung, sich nicht nur als eine Adaption des Evangeliums an die vorgegebene Situation zu begreifen, sondern als eine grundsätzlich neue und weiterführende Erkenntnis der christlichen Botschaft. Es gibt in den neuen Theologien Elemente und Richtungen, die sich berufen fühlen, einen allgemeinen Aufbruch zu predigen, eine neue christliche Avantgarde zu sein, die den Weg zum Reich Gottes ohne die Irrtümer abendländischer Glaubensgeschichte zu weisen und zu gehen imstande und berufen ist. Sie wird darin bestärkt durch die Unsicherheit und Sprachlosigkeit, — die sich auch als Sprachverwirrung äußern kann —, der abendländischen Kirchen mit ihrer zunehmenden Bereitschaft, in den Befreiungstheologien einen verheißungsvollen und vielleicht den einzig möglichen Weg christlicher Regeneration zu sehen.

Die 'Befreiung' (liberacion), von der diese Theologien ihren Namen

haben, ist also eine umfassende: sie bedeutet Kampf gegen innere und äußere Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung, die Überwindung der sozialen und nationalen 'dependencia'. Das Bild eines Reiches sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Würde, eines 'Gottesreichs', entsteht dabei nicht aus einer übergeschichtlichen, universalen Schau, sondern 'vor Ort': aus gesellschaftlichen Vorfindlichkeiten, Erfahrungen und Urteilen, aus ethischen Forderungen und sozialen Programmen. Es ist also geschichtlich bedingt und geprägt, — von der Praxis her zur Praxis hin —, was keinesfalls ausschließt, daß es zu einer umfassenden Konzeption erhöht und ausgebaut werden kann.

Absage an existierende Heilsgeschichte

Auch hierin unterscheiden sich die Befreiungstheologien von westlichen Vorstellungen eines 'Politischen Gottesdienstes'. Der theologische Ansatz Barths z.B. geht nicht von der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse aus, sondern von den Entscheidungen und Motivationen Gottes vor aller Zeit. Barth ist insofern noch reformatorischer Theologe, als die gesellschaftliche Ethik und das soziale Engagement Konsequenz und Ausfluß einer zuvor vollzogenen theologischen Grundlegung sind, auch wenn er selbst jede Scheidung von Theologie und Ethik verwirft. Ein Nacheinander von Theologie und Ethik, eine Ableitung dieser aus jener gibt es aber auch bei Barth: jeder Blick in 'Christengemeinde und Bürgergemeinde' beweist es. Wer das Recht aus der Rechtfertigung gestalten, den irdischen Staat aus dem himmlischen ableiten, die soziale Gesellschaft mit der Sozialität des inneren Wesens Gottes begründen will, der denkt einmal spekulativ und zum andern von 'oben nach unten', — der schließt vom Generellen aufs Spezielle, der versteht Geschichte aus der Übergeschichte, aber nicht aus sich selbst: seine Theologie deutet Praxis, — sie ist nicht Praxis.

Aus ähnlichen Motiven hat die römische Amtskirche auf die Befreiungstheologien reagiert. Wenn sie die entscheidenden Abweichungen nicht in deren sozialen Zielsetzun-

gen, sondern in deren Kirchenbegriff sieht, dann ist eben die Versuchung angesprochen, die Heilsgeschichte in 'Praxis' aufzulösen. Denn die Kirche versteht sich ja nicht nur als irdische Institution, sondern ist nach eigenem Verständnis selbst Heilsgeschichte, real existierende Heilsgeschichte, und zwar eine, die alle anderen Vorstellungen von Heilsgeschichte reglementiert und dominiert. Die Vorbehalte Roms gegen die Befreiungstheologien ergeben sich letzten Endes daraus, daß die heilsgeschichtlichen Aussagen der römischen Kirche von der Bibel und der eigenen zweitausendjährigen Theologie bestimmt sind, während die Befreiungstheologien hic et nunc ihren Schwerpunkt suchen und der traditionellen Dogmatik eine Rolle zuweisen, die faktisch manchmal nur noch einen genealogisch-allegorischen Charakter hat. Die Einwendungen Roms erfolgen nicht so sehr wegen eines theologischen Widerspruchs oder einer Aufkündigung des Gehorsams seitens der Befreiungstheologien: der Alarm wird dadurch ausgelöst, daß die neuen Theologien die alte Heilsgeschichte nicht mehr brauchen.

Es stehen sich also mit den beiden Begriffen von Heilsgeschichte auch zwei Begriffe von Geschichte gegenüber. Für die Reformation wie auch für die katholische Kirche ist die Geschichte der Menschheit eine Einheit, deren Wesen und Gesetzmäßigkeit, deren Charakter im Bösen wie im Guten sich auch in der Flucht der Erscheinungen nicht grundsätzlich ändert. Für beide lebt die Geschichte in und von der Kontinuität. Für die Befreiungstheologien ist die Gegenwart des Menschen der entscheidende Faktor des Verstehens und Gestaltens. Die Gegenwart wird von der Zukunft her gesehen und empfängt von dort her Sinn und Auftrag. Der Vergangenheit gegenüber gibt es jedoch nur Negation und Bruch. Die Geschichte wird nicht mehr unter dem Aspekt ihrer Kontinuität gesehen, sondern unter dem ihrer Dialektik.

Damit ist aber bereits ein Grundmuster marxistischen Denkens aufgenommen: die Behauptung nämlich, daß die wahre Geschichte des Menschen erst jetzt mit den neuen Erkenntnissen, mit der jetzt erst entdeckten Wahrheit und der jetzt erst

beginnenden Gerechtigkeit anfangen, – alles Bisherige sei nur menschliche 'Vorgeschichte'. Demgemäß ist jede Emanzipation einen Schritt zur Menschwerdung: die selbstvollzogene Schöpfung des Menschen liegt in der Zukunft, nicht in der Vergangenheit. Es sind also auch die Grenzen des Menschen noch nicht gezogen: die Konsequenz des Menschen der Zukunft ist die Gesellschaft der Zukunft mit der Aufhebung jeglicher Entfremdung und aller Widersprüche, – und das alles im Lauf irdischer Geschichte.

Christliche Theologien als Konkurrenz zum revolutionären Sozialismus

Neben die theologischen Probleme treten die praktischen. Die Befreiungstheologien legen zwar dem Begriff der 'Praxis' ein entscheidendes Gewicht bei. Doch muß man sich vor dem Mißverständnis hüten, mit 'Praxis' sei ein Programm oder eine Anweisung zum Handeln gemeint. Wie die gerechte christliche Gesellschaft geschaffen werden und beschaffen sein soll, darüber ist nur wenig zu erfahren. Dieser Mangel springt sogleich ins Auge, wenn man die Texte der Befreiungstheologen mit denen politischer Parteien oder Bewegungen vergleicht. Über die angestrebte Ordnung und ob das Ziel über eine politische Gruppierung oder über das moralische Gewicht einer Volkskirche, ob es auf parlamentarischem, plebiszitärem oder revolutionärem Weg erreicht werden soll, wird nichts gesagt. Doch kann man angesichts der religiösen Situation in vielen Entwicklungsländern von einer 'Volkskirche' reden? Wie weit darf oder soll sich die Kirche mit einer Partei oder Revolution identifizieren? Es wird anscheinend vorausgesetzt, daß mit einem richtigen Ziel sich auch der richtige Weg dahin schon ergeben werde. – Was bedeutet aber die Vorstellung einer 'Praxis', wenn alle Verfahrensfragen noch ungeklärt sind?

Die Antwort muß wohl lauten, daß 'Praxis' ein theologischer und kein politischer Begriff ist. Es geht offensichtlich um das neue Verständnis des Evangeliums, nach dem die christliche Verkündigung als eine **weltverändernde** und nicht **weltüberwindende** Botschaft (Joh. 16.33) begriffen werden muß. Die

Wendung von der Heilsgeschichte zur Weltgeschichte, von der Gemeinde Christi zur gerechten Gesellschaft, von der persönlichen Heiligung zur politischen Parteinahme bedeutet in der Tat mehr 'Praxis', als alle traditionellen Formen geistlichen Lebens aufzuweisen haben. Doch solange ich mich auf eine Praxis nur prinzipiell festlege, ohne zugleich sagen zu können, was denn nun wirklich geschehen soll, bleibt diese 'Praxis' ein theologisches Theorem.

Aber das ist nicht einmal der wichtigste Einwand. Es gibt ein anderes Bedenken, das gerade für die Situation der meisten Länder gilt, für die die Befreiungstheologien sich zuständig fühlen: das ist die selbstmörderische Absicht, sich auf einen von vornherein hoffnungslosen Konkurrenzkampf einzulassen. Denn die Verheißung einer gerechten irdischen Gesellschaft, frei von sozialer Ausbeutung und kolonialer Unterdrückung als Voraussetzung für die Würde und Wohlfahrt des Menschen, ist kein Monopol der Befreiungstheologen. Der ideologische Sozialismus kann auf diesem Gebiet nicht nur eine zeitliche Prärogative geltend machen, sondern er hat auch einen unaufholbaren Vorsprung in Theorie und Praxis, – diesmal wirklich als Anleitung zum Handeln verstanden. Er kann zusätzlich auch die Befreiung von kirchlicher Bevormundung und religiöser Verdummung anbieten. Jedes konkrete soziale Programm einer christlichen Theologie wird im Vergleich mit dem eines revolutionären Sozialismus immer nur als halbherzig und reaktionär erscheinen. Dem christlichen Sozialismus bliebe dabei nur die Flucht nach vorn, – zur Übernahme immer weiterer Analysen und Forderungen der säkularen Revolution, wie es – u. a. – mit dem Begriff des Klassenkampfes schon geschehen ist. Mit einer solchen Anpassung aber wird die christliche Identität zunehmend aufs Spiel gesetzt.

Ein Beispiel für die Schwierigkeiten, die sich hier auftun, ist die Einstellung zur Gewalt. Die Befreiungstheologien haben dazu noch keine einmütige Antwort gefunden. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Gleichsetzung von Evangelium und politischem Handeln macht das Problem unlösbar. Denn das Evangelium läßt die Mittel nicht zu, mit denen

allein eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zu erreichen ist: eines von beiden bleibt immer auf der Strecke, – das Neue Testament oder der politische Effekt.

So stellen die Befreiungstheologen einerseits den Verzicht auf jede Gewalt als Gebot und Wesen des Evangeliums heraus; andererseits aber können sie, – wo Parteilichkeit verlangt oder gar klassenkämpferisch argumentiert wird, – sich nicht gut zu Neutralität und Gewaltverzicht verstehen. Man versucht es mit der Unterscheidung von heiliger und repressiver Gewalt, was an die leninistische Einteilung der Kriege in gerechte und ungerechte erinnert und den Grundsatz wieder zu Ehren bringt, daß der Zweck die Mittel heilige. Hier ist die politische Zielsetzung eindeutig zum entscheidenden Motiv geworden. Jesus habe, – so sagen andere, sich nicht gescheut, die Gewalt der Gegner hervorzurufen, – ein weiter Umweg zur Rechtfertigung von Gewalt. Es gibt aber auch den Versuch, zwischen Jesus und seiner Gemeinde zu unterscheiden, indem man bei ihm selbst wohl einen grundsätzlichen Verzicht auf Gewalt erkennt und ihn damit erklärt, daß seine göttliche Sendung jede Machtausübung ausgeschlossen habe, daß seine in dieser Welt existierende Gemeinde aber sich der Politik und damit dem Gebrauch politischer Mittel nicht entziehen könne. Damit ist jedoch die Forderung einer 'Nachfolge' Christi in einem entscheidenden Bereich suspendiert. Zur Rechtfertigung dieser Resignation wird festgestellt, daß es keine Politik mit einem spezifisch christlichen Charakter gäbe, daß vielmehr im Kampf um politisch-gesellschaftliche Gerechtigkeit nach den Erkenntnissen der Vernunft gehandelt werden müsse. Sieht man genau hin, so ist das die halbe Lehre von den beiden Regimenten Gottes.

Belastung der Ökumene

Die Instruktion vom 6. 8. 1984, in der sich Rom kritisch mit den Befreiungstheologien auseinandersetzt, und die Maßregelung Leonardo Boff's sind von vielen Protestanten als ärgerlich und eine Belastung der Ökumene empfunden worden. Auch der Weltkirchenrat hat sich hinter die Befreiungstheologien gestellt und

behauptet, die Instruktion bedeute eine große Verunsicherung der ökumenischen Beziehungen durch Rom. Das provoziert die Frage, welche Vorstellung von der Lehre und vom Wesen der katholischen Kirche der Weltkirchenrat hat. Eine andere Stellungnahme konnte von Rom nicht erwartet werden, wenigstens dem Inhalt nach nicht, wenn auch die peremptorische Form überrascht haben mag. Jedenfalls hat die katholische Amtskirche, – und mit ihr muß man ja wohl eine ökumenische Basis suchen, wenn man sich nicht den Vorwurf antiökumenischer Spaltungsversuche zuziehen will – allein mit ihrer Bekräftigung eines bekannten Standpunktes kein neues störendes Element schaffen können – es sei denn, man rechne den Ärger über die theologische Konsequenz des römischen Stuhles als eine solche Störung. Dann aber wäre zu fragen, ob der Weltkirchenrat sich überhaupt ein zutreffendes Bild vom katholischen Gegenüber macht.

Es wird auch behauptet, die Befreiungstheologien hätten eine Neigung zum Protestantismus und seien in Versuchung, das lutherische Verständnis von Kirche zu adoptieren. Richtig daran ist, daß ein Teil der Befreiungstheologen kritisch bis zur Auflehnung gegen die eigene Kirche und ihre Hierarchie ist und sie im Einzelfall sogar infrage stellt. Das ist gewiß ein 'protestantisches' Element, das allein allerdings noch keinen Protestanten macht. Von einem lutherischen Kirchenbegriff gar sind die Befreiungstheologien durchaus nicht angefochten, was gerade durch eine Neigung bestätigt würde, sich mit einem Kirchenverständnis zu befreunden, wie es Barth, das Reformierte Moderamen und andere politisierende Richtungen und Amtsträger im protestantischen Bereich vertreten. Von einer Annäherung an bestimmte protestantische Richtungen der Gegenwart kann allenfalls noch gesprochen werden, aber von einem 'lutherischen' Kirchenverständnis zu reden, ist gegen alle theologische Vernunft.

Die Befreiungstheologien haben eine bestimmte politische, gesellschaftliche und geschichtliche Situation zur Voraussetzung: den Neokolonialismus. Wo diese Voraussetzungen nicht zutreffen, verlieren die

se Theologien ihre Ansatzpunkte und damit ihre Überzeugungskraft. Sie sind also nicht geeignet als Vorbild oder Grundlegung für eine erneuerte allgemeine, ökumenische Theologie. Die starke Fixierung auf die Geschichte muß zudem zwangsläufig in eine Spannung zu den zeitübergreifenden Aussagen des Evangeliums geraten.

Die Befreiungstheologien werden aber nicht gesonnen sein, eine solche Einschränkung hinzunehmen. Die Erinnerung an das erlittene Unrecht hat bei den Unterdrückten den Unterdrückten gegenüber ein moralisches und theologisches Überlegenheitsgefühl wachsen lassen, das sich in einem kritischen Mißtrauen selbst gegen progressive, die eigene abendländisch-demokratische Gesellschaftsordnung ablehnende westliche Theologen äußert. Diese bewußte Distanzierung wird verstärkt durch die Illusion einer Welt, in der jeder jeden versteht und keiner den andern mehr ausbeutet. Es ist eine Kontrastwelt, die entstehen soll, und ihr entspricht ein neuer Mensch, den die Befreiungsbewegungen gerade durch ihre Abkehr von der egoistischen und imperialistischen abendländischen Mentalität schaffen werden, – weltweit, als eine neue Spezies Mensch.

Damit aber sind andere 'Wahrheiten' und 'Mächte' ins Spiel gekommen, weit über 'das eine Wort Gottes' der ersten Barmer These hinaus. Auch die teilweise Anfälligkeit der Befreiungstheologien für das marxistische System, – mag man es auch nur als 'Analyse' übernehmen –, ist ein Hinweis darauf, daß man das überkommene Bekenntnis für revisionsbedürftig hält. In gewisser Weise ist der Marxismus für den linken Flügel der Befreiungstheologen dasselbe, was die 'existenziale Interpretation' für die Theologie Bultmanns gewesen ist: ein Schlüssel zum rechten Umgang mit dem Wort Gottes.

Überall dort, wo die gesellschaftliche Emanzipation an die erste Stelle gerückt und damit dem Evangelium nur eine argumentative Hilfestellung zugewiesen wird, ist ein neues Barmen nötig. Denn es geht bei den Befreiungstheologien um die gleiche Frage, um die es in Barmen auch gegangen ist und die in der Christenheit immer wieder auflebt:

*Mancher Arme wird wegen seiner
Einsicht geehrt, mancher Reiche
aber bloß wegen seines Reichtums.
Wer schon in seiner Armut geehrt
wird – wieviel mehr, wenn er reich
wäre!*

*Wer aber trotz seinem Reichtum
verachtet wird – wieviel mehr,
wenn er arm wäre!*

Sir. 10, 30-31

Ist die Offenbarung Gottes abgeschlossen oder nicht? Diese Frage hat ein biblisches Recht: sie ist legitimiert sowohl durch den Erwartungscharakter des Alten wie durch die Verheißung des heiligen Geistes im Neuen Testament. Die theologische Erklärung von Barmen geht von einer endgültigen Offenbarung aus. Sie kann sich dabei auf das Neue Testament berufen, – vor allem auf zwei Stellen, die Erwartung und Erfüllung in einen Zusammenhang bringen: Galater 4.4 „Als die **Zeit erfüllt** ward, sandte Gott seinen Sohn...“ und Hebräer 1.1-2 „Nachdem Gott **vorzeiten** manchmal und auf mancherlei Weise geredet hat zu den Vätern durch die Propheten, hat er in diesen letzten Tagen zu uns geredet durch den **Sohn**“. Wo Gott selbst unrevidierbar geredet hat, – „durch den Sohn“ –, ist ein Abschluß gesetzt. Gewiß gibt es immer die Möglichkeit einer Interpretation. Aber durch das Neue Testament – und da nicht nur durch die zitierten Stellen – sind einer Interpretation, die weiterhin als schriftgemäß gelten möchte, Grenzen gesetzt.

Unter diesem Aspekt muß allerdings auch gesehen werden, daß die katholische Kirche, – die zwar auch nicht von neuen Offenbarungsweisen Gottes spricht, wohl aber von der 'Entfaltung' der bereits geschehenen reden kann –, schließlich auch die Befreiungstheologien mutatis mutandis als theologisch legitim integrieren könnte, – sehr im Gegensatz zu einem lutherischen Denken. Das **ökumenische** Problem der Befreiungstheologien ist noch nicht definiert: die heutigen Fronten sind vorläufig.

Aus unserer Arbeit

Pfarrer Gramit neuer EAK-Kreisvorsitzender

Ludwigsburg. Als eine „Sternstunde der deutschen Nachkriegsgeschichte“ bezeichnete Landtagspräsident **Erich Schneider** den Augenblick, als sich kurz nach dem Zweiten Weltkrieg katholische und evangelische Christen zur Christlich Demokratischen Union zusammengeschlossen haben. Heute spreche kaum noch jemand darüber, ob zum Beispiel der Ministerpräsident katholisch oder evangelisch sei. Der Landtagspräsident war Gast bei der Hauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Ludwigsburg, bei der Pfarrer **Erhard Gramit** als Nachfolger von Pfarrer i. R. **Ernst Bock** zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde. Auf Antrag des CDU-Kreisvorsitzenden **Richard Zink** und des Landtagsabgeordneten **Günther H. Oettinger** wurde Ernst Bock, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen abgab, zum Ehrenvorsitzenden des EAK gewählt.

Als eine Brücke zwischen der evangelischen Kirche und der CDU bezeichnete Pfarrer Gramit den Evangelischen Arbeitskreis. Bei der selbstgestellten Aufgabe, die Partei im kirchlichen Bereich würdig und glaubhaft zu vertreten, glaubt Pfarrer Gramit mit seinem neuen Vorstand gut voranzukommen. Dankbar könne der EAK dabei auf die erfolgreiche Aufbauarbeit von Pfarrer Ernst Bock und auf die Unterstützung sämtlicher Abgeordneten im Kreis Ludwigsburg zurückgreifen.

Bei der gleichen Veranstaltung warnten Landtagspräsident Erich Schneider und der Kornwestheimer Landtagsabgeordnete **Dr. Karl Lang** in Übereinstimmung mit Pfarrer Gramit davor: „Politik von der Kanzel herab zu treiben“. Die Qualität und Glaubwürdigkeit der Predigt verliere, wenn sie zu einem Vehikel einer politischen Meinungsrichtung mißbraucht werde. Wer, so Dr. Karl Lang, persönliche politische Aussagen an das kirchliche Amt binde, überhöhe seine persönliche Aussage und versehe sie bewußt mit mehr Wahrheitsgehalt.

Zum Beginn seines Referates dankte Landtagspräsident Erich Schneider zunächst einmal dem scheidenden EAK-Kreisvorsitzenden Erich Bock, der es in mühsamer Aufbauarbeit geschafft habe, daß der EAK im Bereich Ludwigsburg/Heilbronn jetzt so gut dastehe. Der EAK dieses Kreises gelte inzwischen als der „Musterknabe“ in Württemberg. Präsident Schneider brachte dann ganz deutlich zum Ausdruck, daß Hunger und Apartheid für den EAK in der gesamten

Bundesrepublik eine große Herausforderung darstellen. Dabei dürfe man die Forderung nach Abschaffung der Apartheid nicht nur auf Südafrika begrenzen, denn Apartheid herrsche auch zwischen einzelnen Stämmen in ganz Afrika, und gesellschaftliche Apartheid müsse man auch in Europa beklagen.

Christen, so der stellvertretende EAK-Landesvorsitzende Erich Schneider, dürften sich nicht von unserer Verfassung distanzieren oder ihr gleichgültig gegenüberstehen. Die Ordnung in Verantwortung vor Gott habe sich unsere Gesellschaft selbst gegeben. Dabei sei das „Urmeter“ für uns in der Bibel gegeben. Ziviler Ungehorsam beruhe heute bei vielen Mitmenschen auf einer offenen oder versteckten Ablehnung unseres Staates, der seinen Bürgern soviel Freiheit gebe, wie noch kein anderer deutscher Staat zuvor.

Unter Leitung von Richard Zink wählte die EAK-Hauptversammlung im Ludwigsburger Ratskeller neben dem Kreisvorsitzenden auch einen neuen Kreisvorstand. Dabei wurden **Manfred Dürrwächter** (Kornthal) und **Lothar Kalmbach** (Ludwigsburg) zu Stellvertretern von Pfarrer Erhard Gramit gewählt. Zu Beisitzern im Kreisvorstand wählte die Versammlung Fritz Fleckhammer (Unterriexingen), den Landtagsabgeordneten Günther H. Oettinger (Ditzingen), Heinrich Koch (Ludwigsburg), Ingeborg Krauß (Kornthal), Ulrich Hirsch (Sachsenheim) und Gerold Wißkirchen als Verbindungsmann zur katholischen Kirche.

Restaurierung als „Umweltschutz“

Augsburg. „Künstlerische Betrachtungen zu einem kirchlichen Thema“ hieß der Untertitel zum Vortrag „Kirche – Kunst und Denkmalschutz“, den **Bernhard Bach**, Kunstreferent der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, in der Gaststätte „Nagelschmiede“ vor Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises CSU Augsburg-Land hielt. Einleitend erklärte Bach, daß sich erst mit Beginn des 19. Jahrhunderts ein Bewußtsein für die Denkmalpflege entwickelt habe. Bach zeigte anhand von Dias restaurierter Kirchen im Pfaffenwinkel und in Nürnberg die Problematik der Denkmalpflege bei solchen Kirchen auf, die im Laufe der Jahrhunderte öfter ihren Stil wechselten. Besonders übermächtigen Zeitgeist habe dabei das Barock bewiesen, das selbstbewußt radikale Eingriffe in die Raumgestaltung unternahm. Bei einer heutigen Renovierung komme niemand auf die Idee, die ursprüngliche Form – zumeist

Romantik oder Gotik – wiederherzustellen. Der denkmalpflegerische Befund bemühe sich vielmehr um einen einheitlichen Gesamteindruck.

Neben künstlerischen Belangen, so Bach, werde aber auch die Funktion des Bauwerks, zum Beispiel seine liturgischen Aufgaben, nicht aus dem Auge verloren: „Kunst in der Kirche ist nicht vom religiösen Inhalt zu trennen, und beides gilt es zu erhalten – zu erhalten, nicht nur im kunsthistorischen Sinne, sondern auch im technischen“.

Gleichzeitig räumte Bach ein, daß jede, auch noch so schützende Maßnahme an die Substanz gehe. Es komme darauf an, das Wesen des Kunstwerkes mit Hilfe der heutigen technischen Möglichkeiten zu bewahren. Nicht im Sinne einer touristischen Attraktion, sondern im Sinne des Erhalts einer gewachsenen Umwelt, der Kultur. Dabei könne es sich in jedem Fall nur um im Moment gültige Wertentscheidungen handeln. Bach: „Die gegenwärtige Denkmalpflege bemüht sich darum, Restaurierungen so vorzunehmen, daß sie für kommende Generationen rückgängig zu machen sind“.

Der bisherige EAK-Vorstand mit **Dr. Herbert O. Günther**, **Frau Emma Bühlmeyer** und **Gottfried Holzberger** wurde im Amt bestätigt. Dr. Günther wurde außerdem als Arzt und Lebensmittelchemiker in den Vorstand des Arbeitskreises Umwelt des Kreisverbandes der CSU Augsburg-Land gewählt.

Gegen eine Politisierung der beiden Weltkirchen

Bad Säckingen. Es sei den Menschen „nicht gegeben die ideale Welt auf Erden zu schaffen“, nur „Verbesserungen im Rahmen des Möglichen“ könnten erreicht werden, meinte der ehemalige baden-württembergische Kultusminister **Wilhelm Hahn** am Freitagabend im Bad Säckinger Kurzentrum. Hahn, Mitglied des Europäischen Parlaments in Straßburg, sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der Kreis-CDU über das Thema „Soll das Reich Gottes politisch verwirklicht werden?“. Dieses Ansinnen, so Hahn, sei zur Zeit bei der sogenannten „Kirche des Protestes“ zu sehen. Diese Strömung, die es in der evangelischen und katholischen Kirche gebe, stehe in naher Verbindung zu Marxismus und Sozialismus. Namentlich die lateinamerikanische Befreiungstheologie im Katholizismus und die Anhänger der „ethischen Häresie“ in der Ökumene gehören für Hahn zur Protestströmung im derzeitigen Christentum.

Auch in der Bundesrepublik sei diese Bewegung im Aufwind, sagte Hahn. Sie verfüge über einen breiten Sympathisantenkreis und verbinde sich mit „allen aktuellen Protestströmungen“, wie den Atomkraftgegnern, der ökologischen Bewegung und den Grünen, der „sogenannten Friedensbewegung“, den Bürgerinitiativen und dem Antiamerikanismus. Einen „radikalen Fanatismus“, der alles schwarz-weiß male, sieht der CDU-Politiker hier am Werk. Kennzeichnend für die „Kirche des Protestes“ sei eine marxistische Analyse der Gesellschaft und ein starkes soziales, politisches und religiöses Engagement. Auch im ökumenischen Welttrat der Kirchen stoße diese Bewegung auf eine „große Aufgeschlossenheit“. Alle in allem würden die Anhänger dieser Richtung für eine „Politisierung der Kirchen“ eintreten.

Auch auf die seiner Meinung nach falschen Auslegungen des Neuen Testaments durch Teile der kirchlichen Protestbewegung ging der evangelische Theologe Hahn ein: Wenn man Jesus als Aufrührer bezeichne, der deshalb am Kreuz gestorben sei, sei dies falsch. Alle vier Evangelien betonten, daß es dem römischen Statthalter Pontius Pilatus nicht wohl gewesen sei und er versucht habe, die Kreuzigung zu verhindern, indem er Barabas gegen Jesus gesetzt habe. Die Kreuzigung Jesu sei also nicht aus politischen Gründen erfolgt, meinte Hahn: Barabas sei das Symbol für den Widerstand gegen Rom gewesen, deshalb habe man ihn freilassen wollen.

Der EAK im Kreis Pinneberg diskutierte...

Pinneberg. „Fühlen wir uns noch dem „C“ verpflichtet?“ und „Warum sind wir Mitglieder in der CDU?“

Nach den jeweils kurz gehaltenen Referaten des EAK-Kreisvorsitzenden, **Hans Bleckmann**, entzündeten sich an beiden Abenden lebhaft Diskussionen.

Dabei zeigte sich, daß die Frage nach dem Selbstverständnis der CDU außerordentlich aktuell ist und die Identitätskrise des „C“ in der Gesellschaft und auch in der CDU ein wichtiges Thema darstelle.

Mit Nachdruck wurde hervorgehoben, daß wieder mehr christliche Orientierung in unserem Alltag spürbar werden müsse. Zwei Gesichtspunkte bestimmten in diesem Zusammenhang die Überlegungen darüber, wie das geschehen könnte. Zum einen stelle der fehlende Mut zum Bekenntnis ein Problem dar, zum anderen sei die Frage, wie durch abhanden gekommenes Grundwissen über das, was „christlich“ ist, die entstandenen Defizite wieder aufgearbeitet werden könnten. Mit Besorgnis wurde registriert, daß die nachwachsende Generation nicht mehr selbstverständlich in die Kirche hineinwächst

und kaum noch eine Beziehung zum „Christlichen“ findet. Dies wurde insbesondere auf den stark eingeschränkten Religionsunterricht an unseren Schulen zurückgeführt.

„Wertesystem des christlichen Abendlandes“ und „Tradition des Glaubens“ seien große Worte, doch würden sie heute nicht mehr verstanden. Hierin müsse man wohl auch den Grund sehen, warum viele Menschen nichts mehr mit dem „C“ im Parteinamen der CDU anzufangen wissen. Das „C“ könne man nicht verstehen, wenn man nicht mehr wisse, was zum Christentum gehöre. Dazu eine Stimme aus dem Kreis der Anwesenden: „Zum Christentum gehört Gemeinde, zur Gemeinde gehört das gemeinsame Gebet. Wo das alles nicht mehr ist, bleiben die christlichen Grundlagen verwässert“. Dadurch ist es für die Mitglieder der CDU sehr schwer, das Selbstverständnis dieser Partei zu begründen.

Das Fazit dieser beiden Diskussionsabende ist: Es ist viel Raum für aufbauende Arbeiten im EAK der CDU. Diese Abende zeigten auch, daß die Anwesenden weniger Vorträge wollen, statt dessen suchen sie Gelegenheit, ihrerseits Anliegen vortragen zu können. Dies zeigt auch, daß Politiker offener für das Gespräch mit dem Bürger sein müssen, bereit sein hinzuhören und aufzunehmen, was die Menschen bewegt. Im Kreis Pinneberg wird sich der EAK darauf einstellen!

Südafrika-Diskussion: Friedliche Lösung auf förderativer Ebene denkbar

Schwarzwald-Baar. Mit **Dr. Hans Jörg Hirschmann** aus Königsfeld konnte EAK-Kreisvorsitzender **Reinhard Bauer** wieder einmal einen exzellenten Kenner der Materie aus dem eigenen Kreisverband als Referent beim Evangelischen Arbeitskreis Schwarzwald-Baar begrüßen. Dr. Hans Jörg Hirschmann war im vergangenen Jahr in Südafrika und hatte mit einem weitgespannten Kreis von Personen viele Begegnungen. Er bedauerte, daß uns in der Bundesrepublik Deutschland fast nur Informationen aus zweiter oder dritter Hand zur Verfügung stehen. Dieses Problem hatte der EAK an diesem Gesprächsabend nicht, da einige der zahlreich erschienenen Gäste Südafrika aus eigener Anschauung kennen und ihre Eindrücke an diesem Abend aus erster Hand wiedergeben konnten.

Dr. Hans Jörg Hirschmann unterstrich, daß Südafrika verschiedene Probleme habe und die Apartheid eines dieser Probleme darstelle. Er wies auch darauf hin, daß seit Sommer 1986 fast alle Berührungsverbote gefallen seien, die politischen Rechte für die schwarze Bevölkerung aber noch nicht verwirklicht sind. Der

Referent geht davon aus, daß auch nach der sogenannten Befreiung der schwarzen Bevölkerung weiter Armut in Südafrika herrschen wird, denn Befreiung heißt noch nicht Freiheit. Zur Zeit entstehen sehr viele kleine militante gewalttätige Gruppen, die selbst der ANC, welcher sich von der Gewalt auch nicht distanziert, nicht unter Kontrolle hat. Die Inkatha ist die größte schwarze Bewegung in Südafrika mit zum größten Teil gewählten Führern oder Stammes-Chiefs. Der politische Führer ist Chief Buthulezi, der auch im vergangenen Jahr Deutschland besucht hat und mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler Möglichkeiten der Überwindung der Rassendiskriminierung besprochen hat. Auf dieser Ebene könnte sich Dr. Hans Jörg Hirschmann einen langsamen, friedlichen Wandel in Südafrika vorstellen. Falls aber die Revolution kommt, spricht vieles dafür, daß mehr Schwarze als Weiße der Gewalt zum Opfer fallen. Simbabwe, das frühere Rhodesien, war hierfür ein Beispiel.

Gerade aus diesem Land kommen auch viele Flüchtlinge nach Südafrika, weil das eigene Land seit der Selbständigkeit total verarmt ist. Dr. Hirschmann führte weiter aus, daß es derzeit kein schwarzregiertes Land gibt, wo die Demokratie funktioniert. Es gibt gerade 3 Staaten in Schwarz-Afrika, die überhaupt ein Mehrparteiensystem haben. Die Veranstaltungsteilnehmer waren enttäuscht über die Institutionen der Evangelischen Kirche, weil dort auch Bewegungen in Südafrika unterstützt werden, die Gewalt befürworten. In diesem Zusammenhang wurde auch harte Kritik an Bischof Tutu geübt, der zwar die schwarze Bevölkerung zum Schulboykott aufrufe, seine eigenen Kinder aber in den USA zur Schule schickt. Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß die Kirche den Auftrag hat, gerade in diesen Ländern das Evangelium zu verkünden, um die Herzen der Menschen zu ändern, um Haß und Neid zu verdrängen.

Kreisvorsitzender Reinhard Bauer betonte abschließend, daß dieser Abend wieder gezeigt hat, wie ungeheuer kompliziert dieses Thema ist und versprach, daß der EAK gerade zu diesem Thema noch einmal einen Gesprächsabend durchführen wird.

Staatsminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus gestorben.

Düsseldorf. Der langjährige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, Staatsminister a. D. **Dr. Otto Flehinghaus**, ist am 20. April 1987 verstorben. Der frühere Oberlandesgerichtsrat, der auch Mitglied der Synode der EKD war, gehörte zu den Mitbegründern des Evangelischen Arbeitskreises im Rheinland, dem er bis zuletzt als Ehrenvorsitzender verbunden blieb. Der EAK wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

☉ Für uns gelesen und besprochen

Evangelisches Kirchenlexikon (EKL), Internationale theologische Enzyklopädie, hrsg. von Erwin Fahlbusch, Jan Milič Lochman, John Mbiti, Jaroslav Pelikan, Lukas Vischer. Bd. 1 (A-F), 706 Seiten, 1986 erschienen.

„Der größte Wurf des Verlags seit Ende des Krieges“, so urteilt ein Kritiker über die dritte Auflage des völlig neu konzipierten Evangelischen Kirchenlexikons aus dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht. Schon der gewählte Untertitel des EKL, Internationale theologische Enzyklopädie, zeugt von dem neuen Selbstverständnis dieses Nachschlagewerkes für Theologie und Kirche, Religion und Gesellschaft, und nicht zuletzt vom Selbstbewußtsein der fünf Herausgeber.

In den Jahren 1956 bis 1961 erschien die erste Auflage des Evangelischen Kirchenlexikons, herausgegeben damals von Heinz Brunotte und Otto Weber noch mit dem Untertitel „Kirchlich-theologisches Handwörterbuch“, bezeichnenderweise etwa gleichzeitig mit dem katholischen „Lexikon für Theologie und Kirche“. 1962 erlebte es seine zweite Auflage und 1986 nun seine dritte. Erschienen ist bereits Band 1, die Bände 2–4 sowie der umfangreiche Registerband mit Sach- und biographischem Index sind für 1988 bis 1991 geplant.

Die neueren theologischen und kirchlichen Entwicklungen und die veränderte gesellschaftliche Situation, mit der das Christentum konfrontiert ist und in der das Evangelium heute neu bezeugt werden muß, machten, so die Herausgeber, eine grundlegende Neufassung des EKL erforderlich. Nicht ein einziger Artikel aus der alten Auflage ist übernommen worden, allein für den ersten Band zeichnen 365 Autoren verantwortlich. Neben ausführlichen Artikeln zu theologischen Schlüsselbegriffen wie Abendmahl, Christologie und Eschatologie vermittelt das EKL grundlegende Kenntnisse und weiterführende Hinweise auch zu Stichworten wie ABC-Waffen, Asyl, Feministische Theologie oder Friedensforschung. In „evangelischer Universalität“ will das EKL enzyklopädisch die heutige Situation in Theologie und Kirche erfassen, aus der Provinzialität im theologischen Denken herausführen. Dazu gehört, daß es dem Leser über den eigenen kirchlichen und kulturellen Rahmen hinaus ökumenische Perspektiven eröffnen muß. Dabei wird ökumenische Kommunikation sehr ernstgenommen und weitgefaßt. Anglikaner, Katholiken, Lutheraner, Orthodoxe, Reformierte und die Freikirchen wurden ebenso zur Mitarbeit herangezogen wie Vertreter säkularer und nichtchristlichen Denkens. Neben der gerade von katholischer Seite

betonten fairen ökumenischen Öffnung ist es die internationale Ausrichtung des EKL, die hervorgehoben werden muß. Zeichen dafür ist nicht nur die Internationalität des Herausgeberkreises aus Deutschland, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Kenia und den USA. Der Tatsache, daß kirchlicher und theologischer Aufbruch zunehmend von den Kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika bestimmt wird – man denke nur an die Theologie der Befreiung –, trägt das EKL in den umfassenden Länderartikeln Rechnung. In ihnen sind die wichtigsten Angaben etwa zum religiösen Umfeld oder zum Verhältnis Staat – Kirche enthalten. Vorbereitet wird zudem eine englischsprachige Ausgabe des EKL durch einen amerikanischen Verlag.

Festzuhalten bleibt, daß das neue EKL versucht, Rechenschaft über den christlichen Glauben und eine Orientierung in den Fragen der Gegenwart zu geben. Es vermittelt Theologie dabei konsequent ökumenisch, international und interdisziplinär. Neben den anderen klassischen Lexika hat das EKL deshalb seine notwendige Funktion, wird für Theologiestudenten, Pfarrer, Theologieprofessoren, Religionslehrer und kirchliche Mitarbeiter, aber auch für Historiker, Journalisten und Politiker das „kirchlich-theologische Nachschlagewerk der nächsten Jahre werden“.

Johannes Heide

Unser Glaube – Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche (Siebenstern, Gütersloh 1986), hrsg. von der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Bearbeitet von Horst Georg Pöhlmann.

Mit der Bearbeitung der vollständigen und ungekürzten Texte der Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche kommt Horst Georg Pöhlmann, Professor für Systematische Theologie an der Universität Osnabrück, einem Informationsbedürfnis nach, das seit Jahren in vielen kirchlichen Institutionen, in Kreisen der christlichen Gemeinde und an Hochschulen und Universitäten ebenso besteht wie auch bei zahlreichen Einzelchristen. Denn was immer schon galt, das gilt heute in besonderem Maße: Christlicher Glaube ist bekennender Glaube. Die Bekenntnisschriften können zwar nicht das unmittelbare Zeugnis ersetzen, aber sie dienen als verbindliche Auslegung der Heiligen Schrift der Glaubensvergewisserung und geben Argumentationshilfe, z. B. im Dialog zwischen Christen und Nicht-Christen, zugleich

aber auch bei der theologischen Positionsbestimmung, die angesichts der zunehmenden Säkularisierung kirchlicher Verhältnisse und angesichts der Liberalisierungs- und Politisierungstendenzen in der Theologie immer wichtiger werden. Darüber hinaus stellen sie den einzelnen Christen, die einzelne Gemeinde, in den weltweiten evangelisch-lutherischen Glaubenszusammenhang sowohl unter geographischem als unter dem historischen Aspekt. Alles in allem sind sie eine wichtige geistliche und theologische Orientierungshilfe, die für das Auffinden verbindender Gemeinsamkeiten, aber auch für das Verständnis (noch) bestehender Unterschiede und Grenzen unentbehrlich sind.

Damit die Bekenntnisschriften diese Erwartungen aktueller Orientierungshilfe auch erfüllen können, hat der Bearbeiter – und darin liegt sein besonderes Verdienst – die Texte für den modernen Menschen lesbarer gemacht. Er übersetzte sie aus dem Lateinischen ins Deutsche bzw. aus dem alttümlichen Deutsch in ein modernes Deutsch, gliederte sie in kleine Einheiten auf, machte diese durch kursiv gedruckte Überschriften inhaltlich kenntlich und so in ihrer Struktur durchschaubar.

Das Verständnis der Texte wird darüber hinaus durch ein ausführliches Stichwort- und Sachregister mit Konkordanzcharakter erleichtert. Dadurch gewinnt der Leser auch die Möglichkeit, sich Informationen über die je nach Kontext unterschiedliche Verwendung wichtiger Begriffe abzurufen. Auch die Vorbemerkungen zu den einzelnen Bekenntnisschriften sind recht hilfreich, weil der Leser in ihnen Hinweise über Zweck, Eigenart und historischen Hintergrund der Bekenntnisschriften erhält. Dadurch können die einzelnen Texte in einen größeren geschichtlichen Zusammenhang gestellt und in ihrem Verhältnis untereinander besser verstanden werden.

Überhaupt ist es ein Vorzug des vorliegenden Bandes, daß hier die verschiedenen Bekenntnisschriften zusammen abgedruckt und damit für den Vergleich zugänglich gemacht wurden, auch wenn bzw. gerade weil es sich um Bekenntnisschriften recht unterschiedlichen Typus handelt.

Man möchte dem Buch eine weite Verbreitung wünschen, vor allem aber, daß von ihm in den verschiedensten Zusammenhängen und Situationen, in Predigt, Unterricht, Gemeindegemeinschaft und Studium, viel Segen ausgehen möchte.

Prof. Dr. Christian Salzmann

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a.D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a.D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche • Redaktion: Erhard Hackler (verantwortlich), Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (02 28) 54 43 05/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf 1 • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

Leserbriefe

Zu Beiträgen in der Aprilausgabe unserer „Evangelischen Verantwortung“ erreichten uns u. a. nachfolgend abgedruckte Leserzuschriften. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auch gekürzt wiederzugeben.

Sanktionen gegen Südafrika:

1. Was das Informative des Artikels anbelangt, läßt sich nichts bestreiten.

2. Zu kurz kam meines Erachtens die Sicht für die politische und wirtschaftliche Wirklichkeit. Ausschlaggebend ist daher nicht die Ansicht eines Professors, sondern, was Gesetz, Verordnungen und ungeschriebene Befehle verordnen. Genau da wird sich wesentlich nichts ändern, solange Männer regieren, die der Ära des Kolonialismus, wie gerade Präsident Botha, nachtrauern.

3. Ein Problem ist in der Tat, daß westliche Mehrparteiendemokratie nirgendwo funktioniert. Die Gründe hierfür aufzuführen, würde hier zu weit gehen. Nur eines sei gesagt, daß man in einem Teil Deutschlands dazu über 100 Jahre brauchte – wenn man einmal von 1848 ausgeht –, in Ost-Deutschland dieses immer noch nicht erreicht hat. Warum soll das in Süd-Afrika von einem Jahr zum anderen gehen? Ist es nicht ein christliches Prinzip, zunächst helfend zur Seite zu stehen, mit know-how, Erfahrungsaustausch wirtschaftlich-politischer Art und der Berücksichtigung der Eigenart und Eigenständigkeit der Afrikaner, die bisher nur durch europäische Unkultur unterdrückt wurde, anstatt ein westeuropäisches Demokratiemodell als Patentlösung aufzudrängen.

Mit dem allgemeinen Wahlrecht ist es nicht getan. Es müssen zunächst die Bedingungen geschaffen werden, für menschenwürdige Strukturen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Stammt der Begriff der Menschenwürde nicht aus dem christlichen Europa, dem Hort der Aufklärung?

Unsere große Chance und Aufgabe als Europäer besteht gerade in der Über- und

Vermittlung des Menschenrechtsgedankens. Erst wenn sich dieses Bewußtsein auch in großem Maß in Afrika entwickelt hat, besteht die Chance der Auflösung totalitärer Strukturen.

Claus-Joachim Lohmann
Schmiedestr. 4, 7470 Albstadt 1

Zur Diskussion gestellt: Bibel oder Babylon – Heilserwartungen unserer Zeit:

„Es hat den Anschein, als ob der Glaube an den geoffenbarten Gott der größeren Macht des Bewußtseins gewichen ist und daß immer mehr Menschen ihr Dasein ohne die Orientierung... der durch die Kirchen übermittelten Religion erklären können“.

Meine Fragen: Unterscheidet sich das, was New Age hervorbringt, wirklich so grundsätzlich von dem an Geschehnissen in der Bibel Mitgeteilten? Handelt es sich eindeutig um eine „Umpolung christlicher Werte“? Es kamen mir folgende, notwendig subjektive, erste Antworten.

1. Die Orientierungshilfe im Dschungel wissenschaftlich-technischer Tatsachen konnten bestallte Vermittler einschließlich der Philosophen bisher nur unzulänglich leisten. Es ist ein riesiger Nachholbedarf an überhöhtem Bewußtsein entstanden, das den Abgrund zwischen der ersten und zweiten (menschengemachten) Schöpfung – siehe Tschernobyl – überbrückt.

2. „Erkenne dein höheres Selbst“ kann ein Meilenstein auf dem Wege zu Jesus Christus sein, der es mit Blinden, Lahmen, Aussätzigen, Schächern, Zöllnern, Huren, Mördern, kurz: mit gefallen Menschen wie du und ich zu tun hatte, und der seine reiferen Weggenossen unablässig zum Wachen und Beten aufforderte. Was ist Wachen anderes als Bewußtseinsentwicklung und -erweiterung?

3. Lassen wir Fritjof Capra und Michael Ende im Rahmen von New Age (was man auch ebenso gut lassen könnte), dann ist für sie kennzeichnend, daß sie

ein neues Verhältnis zur Welt der Gleichnisse aufbauen. Beide haben große Erkenntnisprozesse im wissenschaftlichen Bereich hinter sich. Diesen Bereich gab es vor zweitausend Jahren in dieser Form noch nicht.

4. Der Begriff der Selbsterlösung ist überschäumend. Ausgegoren bedeutet er nichts anderes als Aufbruch aus einer Welt lahmer Gewohnheiten und Verkrostungen, des seelisch-geistigen Stillstandes in eine Bewegung, in eine Wandlung. Zur „Nachfolge“ ist es nicht mehr weit. Das „Streben“ des Saulus wurde höher bewertet als seine „Richtung“. Er wurde teilhaftig der Kraft Christi, weil er ständig auf dem Wege der Umwandlung und Entwicklung war.

5. Der Auferstandene kommt entgegen, kann Gnade austeilen. Aber nur, wenn sich die Menschen aufmachen. Und wenn die Zeit reif ist. Das ist gleichzeitig ein Schicksal. Es kommt in tausend Gestalten. Immer bedeutet es „Belebung“.

Sind wir denn schon Christen mit Taufe und allen übrigen Sakramenten oder müssen wir uns nicht wie die Mystiker aller Zeiten bewußt zum inneren Wachstum entschließen in einer Welt, in der äußere Wachstumsvorstellungen ins Kraut geschossen sind? Nachfolge heißt doch auch Wandlung, Befreiung, Läuterung des Niederen in ein Höheres. New Age – Faust 2000 – ein Angebot für naturwissenschaftlich berührte Kainssöhne, technisch orientierte Zeitgenossen, die nicht einfach von Judäa nach Galiläa und umgekehrt wandern, sondern sich die Ausrüstung, das Vortraining und die Hauptschulung detailliert besorgen wollen. Was Glaube ist, wollen sie auf ihre Art erfahren, ergehen, erwandern, steht ja auch nirgends fest. Es ist ein lebendig' Ding, das auf jeder Reifestufe ein neues Gewand trägt.

Bitten wir um Stärke und seien wir bereit, andere auf ihren Weg zu begleiten, dann kommen wir an Babylon vorbei, das wie Galiläa mitten unter uns ist.

Dr. Gisela von Canal
Heifensteinweg 3, 7900 Ulm